00SV/22/063

Antrag
Stadt Burg Stargard
öffentlich

Antrag AfD-Fraktion Solarenergieanlagen im Sanierungsgebiet ermöglichen! - Änderung Gestaltungssatzung

<i>Organisationseinheit:</i> Bau- und Ordnungsamt <i>Bearbeitung:</i> Janett Segeth	<i>Datum</i> 08.09.2022 <i>Einreicher:</i> AfD-Fraktion Stargard

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Stadtentwicklungsausschuss (Vorberatung)		Ö
Hauptausschuss der Stadtvertretung Burg Stargard (Anhörung)	20.09.2022	N
Stadtvertretung der Stadt Burg Stargard (Entscheidung)	05.10.2022	Ö
Stadtvertretung der Stadt Burg Stargard (Entscheidung)	19.10.2022	Ö
Stadtvertretung der Stadt Burg Stargard (Entscheidung)	10.11.2022	Ö
Stadtentwicklungsausschuss (Vorberatung)	24.11.2022	Ö
Hauptausschuss der Stadtvertretung Burg Stargard (Anhörung)	29.11.2022	N
Stadtvertretung der Stadt Burg Stargard (Entscheidung)	14.12.2022	Ö

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung beschließt die 1. Änderung der Gestaltungssatzung Stadt Burg Stargard (lt. Anlage).

Sachverhalt

Mit der Änderung wird das Verbot von Solarenergieanlagen an Dachflächen im Geltungsbereich der Satzung aufgehoben. Nicht nur in einer Zeit der Energiekrise, muss es jedem Einwohner unserer Stadt in gleicher Weise ermöglicht werden, selbst für seinen Energiebedarf zu sorgen. Ebenso fallen gerade die Verbote von Solarenergieanlagen in anderen Städten, auch weil dadurch landwirtschaftliche Flächen ihrem ursprünglichen und wichtigen Zweck zur Verfügung stehen. Die Änderung bedarf eines zügigen Beschlusses, da die Landesregierung ab Oktober ein im Volumen begrenztes Förderprogramm für Balkonkraftwerke beschlossen hat, die natürlich auch mangels Balkonen an Dachflächen befestigt werden können.

rechtliche Grundlagen

keine Angabe

Finanzielle Auswirkungen

Keine

Anlage/n

1	2022-09-06 Antrag-AfD_Gestaltungssatzung-ändern (öffentlich)
2	2022-09-21 Antrag AfD-Fraktion Öffentliche Brunnen bauen (öffentlich)

Antrag

Bezeichnung des Antrages Solarenergieanlagen im Sanierungsgebiet ermöglichen! – Änderung der Gestaltungssatzung
Antrags-Nr. Datum: 06.09.2022 Beratungsfolge: Stadtvertretung
Inhalt des Antrages: Die Stadtvertretung beschließt die 1. Änderung der Gestaltungssatzung Stadt Burg Stargard (lt. Anlage).
Sachverhalt: Mit der Änderung wird das Verbot von Solarenergieanlagen an Dachflächen im Geltungsbereich der Satzung aufgehoben. Nicht nur in einer Zeit der Energiekrise, muss es jedem Einwohner unserer Stadt in gleicher Weise ermöglicht werden, selbst für seinen Energiebedarf zu sorgen. Ebenso fallen gerade die Verbote von Solarenergieanlagen in anderen Städten, auch weil dadurch landwirtschaftliche Flächen ihrem ursprünglichen und wichtigen Zweck zur Verfügung stehen. Die Änderung bedarf eines zügigen Beschlusses, da die Landesregierung ab Oktober ein im Volumen begrenztes Förderprogramm für Balkonkraftwerke beschlossen hat, die natürlich auch mangels Balkonen an Dachflächen befestigt werden können.
Haushaltsrechtliche Auswirkungen: keine Finanzierungsvorschlag:
Anlage: 1. Änderung der Gestaltungssatzung Stadt Burg Stargard vom 17.10.2018
Einreicher: AfD-Fraktion Stargard

1. Änderung der Gestaltungssatzung Stadt Burg Stargard vom 17.10.2018

Zum Schutz und zur zukünftigen Gestaltung des Stadtbildes der historischen Innenstadt der Stadt Burg Stargard, das von besonderer geschichtlicher, architektonischer und städtebaulicher Bedeutung ist, wird auf Grund des § 86 Absatz 1 Nr. 1 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern vom 15. Oktober 2015 (GVOBl. M-V 2015 Seite 344) in der gültigen Fassung nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung der Stadt Burg Stargard vom 17.10.2018 folgende 1. Änderungssatzung erlassen:

§1 Der § 9 der Gestaltungssatzung erhält folgende Fassung:

§ 9 Dacheinschnitte/Dachbalkone/Staffelgeschosse/Glasdachflächen

An Dachflächen, die öffentlichen Straßen, Plätzen und Wegen zugewandt sind, sind Dacheinschnitte, Dachbalkone, Staffelgeschosse und Glasdachflächen nicht zulässig.

§ 2 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Lorenz
Bürgermeister

Stadt erwägt den Bau öffentlicher Brunnen

Von Pablo Himmelspach

Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Die Grünen) schlägt öffentliche Trinkwasserbrunnen in jeder Stadt vor. Auch in Neubrandenburg denkt man darüber nach, verweist aber auch auf bereits bestehende Quellen.

NEUBRANDENBURG. Heiße Monate liegen hinter den Neubrandenburgern. Tag für Tag kletterten die Anzeigen der Thermometer bis an die 30-Grad-Marke oder sogar drüber. Wer bei diesen Temperaturen nicht genug trinkt, ist gefährdet: Kopfschmerzen, Schwindel, sogar Fieber kann die Folge sein.

Doch ohne Geld an Wasser zu kommen, ist in der Vier-Tore-Stadt wie in vielen anderen deutschen Städten gar nicht so einfach – einen öffentlichen Trinkwasserbrunnen gibt es nicht. Die Bundesregierung will das

nun ändern. Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Die Grünen) präsentierte kürzlich einen Gesetzesvorschlag, der vorsieht, dass Kommunen künftig Trinkwasserbrunnen in Parks, Fußgängerzonen und in Einkaufspassagen aufstellen – sofern dies technisch machbar ist und dem lokalen Bedarf entspricht. Damit soll künftigen Hitzewellen begegnet und die Bürger geschützt werden. Der Gesetzesentwurf stützt sich auf eine Verordnung des EU-Parlaments, nachdem jeder EU-Bürger ein Recht auf sauberes Trinkwasser hat.

Auch im Neubrandenburger Rathaus denkt man über eine mögliche Umsetzung des Entwurfs nach. „Das ist nun zu prüfen. Der Bedarf, die Anzahl und die Lage sowie die Art solcher Trinkwasserbrunnen werden zu ermitteln sein“, teilte ein Sprecher des Rathauses mit. Darüber hinaus wies er aber auch auf bestehende Angebote hin: In

der Regionalbibliothek stehe ein Wasserspender, darüber und auch in den anderen öffentlichen Kultureinrichtungen, wie Kunstsammlung und Regionalbibliothek sei Trinkwasser erhältlich. Auch im Rathaus werde nach Abschluss der Sanierungsarbeiten öffentlich zugängliches Trinkwasser verfügbar sein.

Der Rathaus-Sprecher betont, dass der Bau, sowie die Anzahl, Lage und Art der möglichen Trinkwasserbrunnen aber im Ermessen der Verwaltung liegen. „Hierbei spielt also auch eine Rolle, ob sich unter den Stadtvertretern eine Mehrheit für eine Investition in solch eine Maßnahme finden lässt.“

Bis ins Burg Stargarder Rathaus ist der Berliner Gesetzesentwurf bisher noch nicht durchgedrungen. Bürgermeister Tilo Lorenz sieht auch nicht die Dringlichkeit öffentlicher Brunnen. „Vielleicht ist das in Großstädten ein Problem. Aber bei uns

war das bislang noch nie ein Thema, auch nicht in der Bevölkerung“, sagt er.

Friedlands Bürgermeister Frank Nieswandt zeigt sich dagegen aufgeschlossener. Er hat bereits von dem Vorstoß der Bundesumweltministerin gelesen – und kann sich Trinkwasserbrunnen auch in seiner Stadt vorstellen. „Es gibt noch keinen konkreten Plan, aber ich frage mich, warum man so etwas nicht tun sollte“, sagt Nieswandt. Jedoch müssten für den Bau Fördergelder bereitgestellt werden, da seine Kommune ein Projekt wie dieses nicht alleine stemmen könnte.

Passiert das Gesetz den Bundesrat und wird es dann im Bundestag beschlossen, werden sich die Bürgermeister aller Städte und Gemeinden damit befassen müssen. Ob es jedoch dazu kommt, bleibt abzuwarten.

Kontakt zum Autor
p.himmelspach@nordkurier.de